

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/2c

Hannover, 15. Februar 1948

Die neue russische Emigration

=====

Von Max Barth, New York

In der "New York Herald Tribune" berichten Joseph und Stewart Alsop aus Washington über eine Emigration sowjetischer Beamter, Offiziere und Soldaten, die seit geraumer Zeit im Gang ist - und über die sich die in Betracht kommenden örtlichen Steller energisch ausschweigen. Es handelt sich um die Flucht von Sowjetbürgern aus der russischen Zone in die beiden angelsächsischen Zonen. Die Brüder Alsop sind bekannte, wohlunterrichtete und vorsichtige Journalisten; es besteht kein Grund, an ihren Mitteilungen zu zweifeln. Ihre überlegte und wohl-abgewogene Darstellung scheint auf Informationen aus amtlichen Büros oder doch aus amtlichen Kreisen zu beruhen. Sie versichern, dass über 5.000 Sowjetbürger bisher dem totalitären Paradies entronnen und nach Westdeutschland entkommen sind und betonen, dass die Ziffer wahrscheinlich noch zu niedrig ist.

Die einzige offizielle Bestätigung der Emigration solcher des Sowjetismus überdrüssig gewordener Russen liegt vor allem in dem wiederholt gestellten Verlangen und dem dauernd ausgeübten Druck des Marschalls Sokolowski, von den Besatzungsbehörden der Westzonen russische Deserteure ausgeliefert zu bekommen, damit sie abgeurteilt werden könnten. Die angelsächsischen Besatzungsbehörden haben auch kein Interesse daran, die Sache an die grosse Glocke zu hängen. Die USA sind vertraglich verpflichtet, Sowjetdeserteure auszuliefern - was das für die Unglückseligen bedeutet, ist unschwer zu erraten. Die Brüder Alsop erklären, dass General Clay die Abmachung nicht gebrochen habe, ohne freilich Zahlen über ausgelieferte Russen zu nennen. Es würde, so meinen sie, ihre Angaben also vorausichtlich bestreiten, falls Anlass zur Äusserung bestünde. Die Engländer sind nicht durch ein paralleles Abkommen gebunden, dem Sowjetkenner Opfer zu liefern. Indessen glauben die beiden Journalisten, dass man ihre Mitteilungen wahrscheinlich von britischer Seite nötigenfalls ebenfalls dementieren würde. - aus Zweckmässigkeitsgründen. Wenn sie trotz dieser zu erwartenden Abstreitungen auf der Richtigkeit ihrer Angaben bestehen, müssen sie also ihrer Sache sehr sicher sein und die absolute Zuverlässigkeit ihrer Quellen kennen.

Ein Teil der entkommenen fünftausend sind Frauen und Kinder. Das ist verständlich, wenn man hört, dass die einfachen Soldaten nur 40% der Flüchtlinge ausmachen, während die übrigen 60% aus Offizieren und Beamten bestehen. Die zweite Kategorie hatte zum grössten Teil ihre Familien bei sich. Unter den Geflohenen befindet sich ein Generalleutnant aus Sokolowskis Stab. Neben ihm sind darunter andere hohe Offiziere und eine Anzahl Männer, die in der Zivilverwaltung hohe Schlüsselstellungen innehatten. Beinahe die Hälfte der Gruppe "Beamte und Offiziere" gehört nicht den unteren Kategorien an, sondern den mittleren Rängen. Ein Teil kam aus Berlin, andere kommen aus den inneren Gebieten der Sowjetunion, und sehr viele aus den in Karlsbad und anderen tschechischen Orten eingerichteten Erholungsheimen für Sowjetangehörige.

Die Sowjetbehörden in Deutschland haben natürlich ihre Massnahmen getroffen, um die Flucht zu stoppen. Hierher gehört die vor kurzem erfolgte Kasernierung der Besatzungstruppen. Ihre Bewegungsfreiheit unter der unterdrückten Bevölkerung wurde beschränkt, sie wurden in scharf bewachten Kasernen zentralisiert. Eine andere Massnahme bestand darin, dass man Geiseln nahm: Die Familienangehörigen aller Mitglieder der Besatzungskräfte und der Besatzungsverwaltung wurden nach der Sowjetunion zurückbefohlen. Selbst Sowjetzivilisten in Deutschland sind zum grossen Teil wie die Soldaten in Kasernen konzentriert. Die langsame und stetige Flucht nach dem Westen dauert aber trotzdem an.

Da die Engländer, wie erwähnt wurde, nicht durch ein Abkommen mit den Russen gebunden sind, ist die britische Zone natürlich das beliebte Zufluchtgebiet. Die meisten der Emigranten geben sich als Vertriebene, als "Displaced persons" aus den jetzt von den Polen oder den Russen annektierten Gebieten des östlichen Deutschlands aus. Eine namhafte Anzahl von ihnen hatten bereits die Möglichkeit erhalten, nach Südamerika und nach anderen Ländern auszuwandern. Es wird der kommunistischen Propagandemaschine kaum möglich sein, diese Menschen, die drei Jahrzehnte kommunistischer Staatlichkeit hinter sich haben, drei Jahrzehnte, in denen die Reste russischer Monarchisten im Lande gründlich ausgerottet und die Sowjetbürger im einzig wahren Evangelium des "Vaterlandes aller Werktätigen" erzogen wurden, etwa als Überbleibsel zaristischer Hofbeamter, Gendarmen, Popensöhne usw. hinzustellen. Sie sind, ebenso wie die Hunderttausende von Sowjetbürgern, die sich während des Krieges als Kollaborateure oder Kampftruppen zur Verfügung stellten, russische Patrioten, die an Stelle des totalitären Systems ein freiheitliches wünschen. Dass sie von Hitler ebenso enttäuscht wurden wie von Stalin, gehört auf ein anderes Blatt. Sie wenden sich vom barbarischen Asiatismus ab und dem Westen zu; jeder westliche Konservative ist tausendmal liberaler und demokratischer als der "demokratische" bolschewistische "Menschheitsbefreier".

Labour in Preis- und Lohnverdingung

A. P., London, im Februar

Den Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen, diese allgemeine internationale Nachkriegserscheinung, nennt man in England "Vicious spiral", zu Deutsch etwa: "die heimtückische Spirale". Man fürchtet sich vor ihr - im Grunde genommen bereits seit den ersten Preis- und Lohnerhöhungen der Kriegszeit. Das Gefühl, dass man trotz aller möglichen Gegenanstrengungen bereits in die unteren, noch nicht allzu gefährlichen Windungen der Spirale geraten ist, hat die Murchit erhöht und vermehrte Gegenanstrengungen veranlasst.

Die letzte, sichtbarste Gegenanstrengung bestand in der Unterhaus-erklärung und dem Weissbuch der Regierung, einem Appell besonders an Arbeitnehmer und Arbeitgeberschaft, sich aller Bestrebungen nach allgemeinen Einkommenerhöhungen, sei es in der Form der Lohn- und Gehaltssteigerung, sei es in der erhöhten Preise und vergrößerten Profite, zu enthalten. Der Appell war als Ersatz für ein unter den englischen Verhältnissen kaum mögliches Lohn- und Preisstop-Gesetz gedacht.

In der Woche, die seit diesem Appell vergangen ist, hat sich allerhand zugegetragen. Nachdem Attlee selbst am Rundfunk der gesamten Bevölkerung noch einmal Sinn und Bedeutung des Appells erläutert hatte, hielt der Schatzkanzler und Wirtschaftsminister Sir Stafford Cripps in Edinburgh eine öffentliche Rede, welche den Ernst der wirtschaftlichen Lage des Landes rücksichtsloser aufdeckte als je zuvor. Die britischen Gewerkschaftsvertreter hatten diese Regierungsapelle vor ihren Augen, als sie im Rahmen des sogenannten Krisenkomitees der britischen Gewerkschaften, -zunächst unter sich und dann mit den fünf wichtigsten Mitgliedern der Regierung, dem Premierminister, dem Schatzkanzler, dem Arbeitsminister, dem Außenminister und dem Minister ohne Portefeuille Herbert Morrison die Lage besprachen. Allein, die Gewerkschaftsvertreter befanden sich zugleich unter dem Druck bestimmter Einstellungen derer, die sie bei dieser Konferenz vertraten, das heißt, der englischen Arbeiterschaft. Sie wussten, dass nahezu vier Millionen Arbeiter, darunter so wichtige Gruppen, wie die der Metallarbeiter, der Schiffbauer, der Handlungsgehilfen, die mit ihren Lohnerhöhungsanträgen etwas später dran waren als andere Beschäftigungsgruppen, nichts davon hören wollten, dass gerade ihnen gewissermaßen die Tür vor der Nase zugeschlagen werden soll, nachdem die anderen Gruppen die Tür anstandslos passiert haben. Sie wussten aber auch, dass die Regierung, die der Arbeiterschaft eine Art Lohnstillstand zusetzt, mit viel größerer Energie als bisher einen Stillstand der Preise und Profite auf Seiten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft betreiben müsse.

Das offizielle Kommuniqué über diese Besprechung war mager. Dass die Besprechungsergebnisse aber nicht restlos positiv gewesen sind, ergibt sich ohne weiteres daraus, dass die Gewerkschaftler eine ausserordentliche Sitzung des Zentrallausschusses der britischer Gewerkschaftsbewegung mit kürzester Frist einberufen haben, um die endgültige Stellungnahme zur Lohn-Preis-Stillstandspolitik der Regierung zu formulieren.

Die gesamte Entwicklung hat aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Folgerungen. Regierungserklärung und Weissbuch hatten zu einem sofortigen Verlangen nach einer Unterhausdebatte geführt. Für diese Debatte reichten zwanzig Labour-Abgeordnete einen Antrag ein, die Regierung solle ihr Weissbuch zurückziehen. Diese Attacke aus dem eigenen Lager war für die Labourregierung natürlich umso ernster, als der führende Oppositionelle, Ellis Smith, einzig um weitere Unterstützung, besonders bei den gewerkschaftlich verankerten Abgeordneten der Labourpartei warb, und zwar, wie es anfangs schien, nicht ohne Erfolg.

Aber am Tage vor der Debatte trat eine Wendung ein. Anstatt des erwarteten Zustroms neuer Anhänger hatten die 20 Labour-Rebellen einen Abstrom zu verzeichnen. Nahezu ein Dutzend Abgeordnete, die den Antrag zunächst gezeichnet hatten, zogen ihre Unterschrift zurück, und der Unterhaussprecher hielt es nicht mehr für angezeigt, den Antrag überhaupt auf die Tagesordnung zu stellen.

Immerhin hatte die Regierung der Entwicklung ihre Aufmerksamkeit nicht versagt. Den verschiedenen Reaktionen, vor allem auch der Aussprache mit den Gewerkschaftsführern Rechnung tragend, erkannte die Regierung die Notwendigkeit, im Rahmen ihrer Stabilisierungspolitik den Stop der Preise und Profite stärker zu betonen und zu unterbauen, als es in den bisherigen offiziellen Erklärungen und im Weissbuch geschehen war. Der Schatzkanzler ging - auf Grund einer Ermächtigung, welche eine der Unterhausdebatten vorangehende Kabinettsitzung ihm erteilt hatte, soweit, einen regelrechten Preisstop auf dem Niveau vom Dezember vorigen Jahres und im Januar dieses Jahres, bzw. das Zurückdrängen auf dieses Niveau zu versprechen. Er ging sogar in der Befriedigung der Arbeitnehmerwünsche noch einen wesentlichen Schritt weiter, indem er ankündigte, dass die grosse und mächtige Vereinigung der britischen Industriellen binnen vier Wochen ihre eigenen Vorschläge für eine Senkung der Preise und für eine Begrenzung der Gewinne und Profite der Regierung vorlegen werde.

Mit diesen wesentlichen Zugeständnissen in der Unterhausdebatte sind die düsteren Wolken am politischen und wirtschaftlichen Horizont wohl für den Augenblick verschüchelt. Ob aber für die Dauer, bleibt abzuwarten. (fs/142/Al3/2/he)

Bruch Sozialdemokraten-Kommunisten in Schweden

Als Sprecher der schwedischen Sozialdemokraten erklärte Staatsminister Erlander, dass die schwedischen Sozialdemokraten das bisherige Abkommen mit den Kommunisten betreffs gemeinsamer Feier des 1. Mai sowie des Wahlkartells anlässlich der bevorstehenden Herbstwahlen kündigen. Als Motiv bezeichnete Erlander ideologische und prinzipielle Momente, die zwecks Einhaltung der demokratischen Grenzen unbedingt berücksichtigt werden müssten. (b/Al11/2/he)

Molotow als Nobelpreisträger vorgeschlagen

Aussenminister Molotow ist von der Universität Bukarest als Kandidat für den Nobel-Friedenspreis für 1948 vorgeschlagen worden.

16. Febr. 1948

Provokation der vollen Lager

H.K. Bei den Beratungen über das Nothilfegesetz wurde von der CDU behauptet, dass es sich dabei um ein neues Ausnahmegesetz gegen die Bauern handle. Die Fraktion der SPD hat durch ihren Sprecher Herbert Kriedemann schon damals darauf hingewiesen, dass das keinesfalls zuträfe, sondern dass man nur darauf ausgehe, alle gehorteten Vorräte zusammenzubekommen und dass man auch ein entsprechendes Gesetz für die Industrie erlassen würde.

Wenn Schlange-Schönigen jetzt diesen Gedanken aufgegriffen hat, dann ist damit nicht gesagt, dass in seiner Partei besondere Begeisterung für eine ernsthafte Misshandlung gegen die Mordung aufkommen wird. Die SPD wird jedenfalls darauf bestehen, dass neben den gehorteten Lebensmitteln auch alle gehorteten Industriewaren und Gegenstände des täglichen Bedarfes erfasst werden, und alle Parteien des Wirtschaftsrates werden Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sie sich auf die Seite der Sachwertorten bis zur Währungsreform oder auf die Seite derer stellen wollen, die einen unaufschiebbaren Anspruch auf derartige Sachen haben.

Heute wird von interessierter Seite, anlog dem Begriff "Speisekammergesetz", aus durchsichtigen Gründen schon wieder mit einem "Rumpelkammergesetz" operiert. Die SPD und die Kreise, die die Erfassung der Industriewaren betreiben, haben nicht die Absicht, auf den Böden der verarmten Leute nach zerbrochenen Kochtöpfen zu suchen. Sie wollen aber die Lager, die zu Hunderten und Tausenden neue Kochtöpfe enthalten - um bei diesem Beispiel zu bleiben - erfassen und sie ohne Aufenthalt dort hin leiten, wo sie wirklich gebraucht werden. Das trifft besonders für Gegenstände zu, die in der Landwirtschaft gebraucht werden. Und wenn man heute bereits mit dem Wort "Kleiderschrankgesetz" hausieren geht, dann liegt das auf der Linie der schon geschilderten ähnlichen Bemühungen, abzulocken und einen Fortbestand, der gewissen Interessengruppen höchst unangenehm ist, zu verfälschen und zu verschleiern. (tr/162/1/he)

Bodenreform in Niedersachsen

R.B. Bereits fünfmal erschien die Bodenreform auf der Tagesordnung des Niedersächsischen Landtages, und es war jeweils die Rechte, die eine Verzögerung durchsetzte. Vier Entwürfe lagen vor, je einer der SPD, der KPD und zwei des Kabinetts. Am 11. Februar kam die Regierungsvorlage zur Beratung. Nach einstimmiger Ansicht der Staatsregierung konnte dem deutschen Wunsch nach Beschaffung von Land für Siedlungszwecke auf Grund der britischen Anweisung nicht ausreichend entsprochen werden, so dass neben dem sogenannten Bodenreformgesetz (entsprechend der Direktive der Militärregierung) ein Gesetzentwurf zur Beschaffung von Siedlungsland, das "Siedlungsgesetz" vorgelegt wurde.

Das Bodenreformgesetz, das als Höchstgrenze 150 ha und RM. 200.000 Einheitswert vorsieht, wurde in der zweiten Lesung mit den Stimmen der CDU, der DP, der FDP und des Zentrums angenommen. Man mehr konzentrierten sich die Anstrengungen der SPD-Fraktion auf das Siedlungsgesetz, nach

welchen Grund und Böden bei einer Enteignungskrenze von 100 ha und einem Einheitswert von RM. 130.000 in Anspruch genommen werden sollen.

Ministerpräsident Köpf unternahm den Versuch einer Überbrückung der Standpunkte und wandte sich vor allem gegen die gestaffelte Begrenzung der Landinanspruchnahme zwischen 100 und 150 ha und gegen die geforderte Voraussetzung eines örtlichen Siedlungsbedürfnisses. Schliesslich wurde jedoch die gemeinsame Formulierung des Bürgerblockes angenommen, wonach nur in dringenden Notfällen und auf Beschluss des Staatsministeriums Land über 100 ha enteignet werden kann. Der Vorschlag der SPD, aus der "Kern-" eine "Soll-Vorschrift" zu machen und die Staffeln nicht zu berücksichtigen, wurde mit dem Stimmzettel der CDU, der DP, der FDP und des Zentrums abgelehnt.

Die Abstimmung über das ganze Siedlungsgesetz ergab auch in der zweiten Lesung den einheitlichen Willen der bürgerlichen Parteien, alle Bestrebungen der SPD zunächst zu machen. Nachdem eine Fristverlängerung (wirkt war, wurde die dritte Lesung beider Vorlagen auf Anfang März ver-
tagt. (b/B8/162/3/hc)

Parlamentarische Fragestunde

M.H. Kiel, im Februar

Eine parlamentarische Regelung im schleswig-holsteinischen Landtag ist dort eingeführt worden. Die sogenannte "Fragestunde" des Landtages gibt den Abgeordneten Gelegenheit, an die Regierung bzw. die einzelnen Fachminister Fragen zu stellen, die von allgemeinem Interesse sind. Dabei ergibt sich ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel, das auch ausserhalb des Landtages ein lebhaftes Echo findet. Für die Fragestunde in der letzten Sitzung des schleswig-holsteinischen Landtages zwei charakteristische Beispiele.

Die Frage eines CDU-Abgeordneten lautete: "Ist dem Herrn Innenminister bekannt, dass die Kommunistische Partei, wo immer sie an die Macht kommt, sich derselben Methoden bedient wie die NSDAP? Widerspricht es unter diesen Umständen nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit, bei der Neubildung der Entnazifizierungsausschüsse Vertreter der KP heranzuziehen?" Die Antwort des Innenministers (SPD) lautete: "Die KP ist als politische Partei von der Militärrückführung ausgeschlossen und augenscheinlich nicht im Begriff, in Schleswig-Holstein an die Macht zu kommen. (Sie hat kein Mandat im Landtag! D. Pol.). Selbst, wer die KP charakterisiert, wie es der Fragesteller tut, wird zugeben, dass eine allgemeine Ausschliessung von Mitgliedern der KP bei der Neubildung der Entnazifizierungsausschüsse nicht erfolgen kann nur wegen ihrer Parteizugehörigkeit. Sie werden behandelt wie die Angehörigen anderer Parteien, solange sie objektiv arbeiten."

Ein Abgeordneter der SPD stellte die Frage, ob die früheren Anhänger der Harzburger Front, die bekanntlich Hitler an die Macht gebracht hat, als Gegner des Nationalsozialismus anerkannt werden könnten. Der Innenminister antwortete mit "Nein". Ob Mitglieder der Harzburger Front denn Mitglieder von Entnazifizierungsausschüssen sein könnten? Der Innenminister antwortete wiederum mit "Nein". (b/122/2/hc/B43)

Verantwortlich: Peter Raukau